

## Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

24. Februar 2020

### Äthiopien

#### **Anschlag auf Kundgebung**

Am 23.02.20 ereignete sich in der Stadt Ambo rund hundert Kilometer westlich der Hauptstadt Addis Abeba ein Bombenanschlag auf eine Kundgebung zur Unterstützung des Premierministers und Friedensnobelpreisträgers Abiy Ahmed. Laut Polizei wurden 29 Menschen verletzt. Nach Angaben des Polizeichefs der Region Oromia wurden sechs Personen verhaftet. Die Oromo Liberation Army (OLA) soll für den Angriff verantwortlich sein.

Der Anschlag ereignete sich nur zwei Tage nach der gezielten Tötung des Polizeikommissars der Stadt Burayu, einer Sonderzone der Hauptstadt. Die Hintergründe sind noch ungeklärt, 17 Personen sollen in Haft genommen worden sein. Allerdings wird auch hier eine Täterschaft der OLA vermutet.

Die OLA unter Führung von Abbaa Gaadas ist der bewaffnete Arm eines Flügels der Oromo Liberation Front (OLF-Shane Gumii), die den bewaffneten Kampf gegen die Regierung – anders als ein Großteil der ehemals terroristischen OLF – fortsetzen will.

### Afghanistan

#### **Ergebnis der Präsidentschaftswahl verkündet**

Die Unabhängige Afghanische Wahlkommission (IEC) verkündete am 18.02.20, fast fünf Monate nach der Stimmabgabe, dass der Amtsinhaber Ashraf Ghani die Wahl zum Staatspräsidenten knapp gewonnen habe. Nach Angaben der IEC habe Ghani 50,64% der gültigen Stimmen erhalten, sein Hauptkontrahent in der Wahl und gegenwärtiger Regierungspartner (als CEO), Abdullah Abdullah, nur 39,52%. Alle anderen Kandidaten seien mit weniger als fünf Prozent weit abgeschlagen. Von knapp 9,7 Millionen Wahlberechtigten (die Bevölkerung Afghanistans wird auf 27 bis 32 Millionen geschätzt) konnten laut IEC nur gut 1,8 Millionen gültige Stimmen gewertet werden. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich rund 18%. Abdullah will das Wahlergebnis nicht akzeptieren und erklärte sich zum Sieger, verbunden mit der Ankündigung, eine Gegenregierung aufzustellen. Auch andere Kandidaten und Politiker wie Golbuddin Hekmatyar oder Abdul Rashid Dostum kritisierten die Wahlen und deren Ergebnis.

#### **Vereinbarung über Reduzierung der Gewalt in Kraft**

Am 22.02.20 trat die Vereinbarung der USA mit den Taliban über eine Reduzierung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Kraft. Darin verpflichten sich die Taliban, sieben Tage lang keine Angriffe in oder auf Städte, Straßen, US-Militärbasen oder Hauptquartiere der afghanischen Sicherheitskräfte vorzunehmen. Im Gegenzug verzichten die afghanischen Sicherheitskräfte und die NATO auf Offensiven. Nach Ende dieser Frist, am 29.02.20, soll ein Friedensabkommen der USA mit den Taliban unterzeichnet werden. Anschließend könnten Gespräche der Taliban mit der afghanischen Regierung stattfinden, diese ist jedoch zerstritten.

#### **UNAMA-Jahresbericht zu zivilen Opfern 2019**

Nach Angaben der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) gab es im vergangenen Jahr 10.392 konfliktbedingte zivile Opfer (3.403 Tote, 6.989 Verletzte). Dies sind fünf Prozent weniger als 2018 und stellt somit die niedrigste Opferzahl seit 2013 dar. Der Rückgang sei auf eine Reduzierung der durch den Islamic State Khorasan Province (ISKP) verursachten Opfer zurückzuführen. Die Zahl der von anderen

Beteiligten verursachten zivilen Opfer stieg hingegen, namentlich die von den Taliban und den internationalen Streitkräften zu verantwortenden. 42% der Opfer kamen durch (Selbstmord-) Anschläge zu Schaden. Die am stärksten betroffenen Provinzen waren Kabul (1.563 Opfer) und Nangarhar (1.070 Opfer), gefolgt von Helmand (675), Ghazni (673) und Faryab (665).

## **Algerien**

### **Massendemonstrationen jähren sich**

Am 16.02.19 sind die Menschen in der Kabylei zum ersten Mal auf die Straßen gegangen und seit 22.02.19 kommt es regelmäßig jeden Freitag nach dem Gebet in vielen Städten des Landes zu Massenprotesten für demokratische Reformen. Die Demonstrationen führten zum Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl und den Rücktritt von Altpräsident Bouteflika. Bei der Präsidentschaftswahl am 12.12.19 hat der ehemals Vertraute Bouteflikas, Abdelmadjid Tebboune, gewonnen. Nach der Wahl verschärfte sich die Proteste erneut, da die Bevölkerung weitreichendere politische Reformen, eine Regierung aus neuen Mitgliedern ohne Verbindung zur alten Regierung sowie einen zivilen und keinen Militärstaat fordert. Die Protestbewegung hat in den letzten Wochen angefangen sich zu organisieren, da ihr ansonsten droht, die Ziele nicht zu erreichen. Vor allem in den Wochen vor der Präsidentschaftswahl haben die Sicherheitskräfte bei den Demonstrationen immer wieder eingegriffen und Menschen verhaftet.

## **Burkina Faso**

### **Tote bei Anschlag auf Kirche**

Am 16.02.20 griffen mutmaßliche Dschihadisten im Dorf Pansi in der nordöstlichen Provinz Yagha eine protestantische Kirche während des Gottesdienstes an. Es wurden 24 Personen, darunter der Pastor, getötet, 18 verletzt und mehrere entführt.

## **China**

### **Xinjiang: Interne Quelle zu Umerziehungslagern veröffentlicht**

Ein den internationalen Medien zugespieltes, am 17.02.20 in Auszügen veröffentlichtes vertrauliches Dokument enthält Informationen über 311 in Umerziehungslagern Internierte, die aus dem Kreis Karakax (auch: Qaraqash, chin.: Moyu) in der Präfektur Hotan stammen. In Form einer Liste verzeichnet es u.a. die Gründe für die Inhaftierung, Angaben über die Familien der Betroffenen und ihr soziales Umfeld sowie Einschätzungen, ob sie entlassen werden können. Diese sogenannte Karakax-Liste zeigt auf, welches Verhalten zu einer Internierung führt. Auch gibt es Einblick in die damit verbundenen bürokratischen Entscheidungsprozesse und in staatliche Maßnahmen, die nach einer Entlassung wirksam werden. Gründe für eine Internierung sind der Karakax-Liste zufolge u.a. mehr Kinder zu haben als nach Bestimmungen der Familienplanungspolitik erlaubt, das Fehlen bei täglichen Flaggenzeremonien sowie Elemente der religiösen Praxis wie Fasten oder das Beten zu Hause, das Tragen eines Barts oder die Verhüllung des Gesichts, eine Pilgerfahrt nach Mekka oder eine Spende an eine Moschee. 90% der Inhaftierten sind Männer, mehrheitlich zwischen 25 und 49 Jahre alt. Auch geht aus dem Dokument hervor, dass Internierte nach einer Entlassung in ihrer Heimatgemeinde überwacht oder in manchen Fällen in eine womöglich unfreiwillige Beschäftigung entlassen werden.

### **Aktivist festgenommen**

Der Aktivist Xu Zhiyong wurde am 15.02.20 in Guangzhou (Provinz Guangdong) festgenommen. Er hatte im Dezember 2019 in Xiamen (Provinz Fujian) an einem Treffen von Menschenrechtsanwälten und Dissidenten teilgenommen und war später untergetaucht. Mehrere andere Teilnehmer wurden festgenommen. Ab 2014 verbüßte Xu, Mitbegründer des Aktivistennetzwerks Neue Bürgerbewegung, eine vierjährige Haftstrafe.

## **Weitere Ausbreitung von Covid-19**

Die Lungenerkrankung Covid-19 breitet sich weiter aus. Bisher verzeichnet China offiziell 77.150 Infektionen, 2.592 Menschen starben. Außerhalb Festlandchinas wurden bislang mehr als 2.200 Infektionen und 27 Todesfälle berichtet.

## **Ghana**

### **Mitglieder separatistischer Gruppe festgenommen**

Am 17.02.20 wurden in einem Waldgebiet in der Gemeinde Ketu North in der Volta Region 21 mutmaßliche Mitglieder einer separatistischen Organisation namens Homeland Study Group Foundation (HSGF) festgenommen, wo sie sich für ein paramilitärisches Training aufgehalten haben sollen. Bereits 2019 waren mehrmals Mitglieder dieser Organisation festgenommen worden, die Unabhängigkeit u. a. für die Volta Region unter dem Namen Western Togoland anstrebt. Der Generalstaatsanwalt ließ im Juli 2019 allerdings entsprechende Anschuldigungen gegen mehrere festgenommene führende Mitglieder der HSGF fallen.

## **Irak**

### **UN kritisiert exzessive Gewalt bei Protesten**

Am 17.02.20 kritisierte die Vorsitzende der UN-Mission im Irak, Jeanine Hennis-Plasschaert, abermals den Einsatz von exzessiver Gewalt gegen regierungskritische Demonstranten. Zwischen dem 14.02. und 16.02.20 wurden mindestens 50 Personen durch Steine, Brandbomben und den Einsatz mit Schrot geladenen Jagdgewehren verletzt. Hennis-Plasschaert rief die irakischen Behörden auf, die Identität unbekannter bewaffneter Akteure aufzuklären und Demonstranten zu schützen.

Obwohl die regierungskritischen Proteste weiter andauern haben sie an Stärke eingebüßt, nachdem Moqtada Sadr seine Unterstützung zurückgezogen hat (vgl. BN v. 27.01.20).

### **Armutsrage im Irak**

Das irakische Ministerium für Planung veröffentlichte am 16.02.20 aktuelle Zahlen zur Armutsrage, die auf einer Untersuchung aus dem Jahr 2018 beruhen. Der Erhebung zufolge sei die Armutsrage auf 20% gesunken (Vergleich 2014: 22,5%). Zwischen den einzelnen Provinzen gibt es erhebliche Unterschiede: Während die Armutsrage in der Provinz Suleimaniya mit 4,5% am niedrigsten ist, liegt sie in der Provinz Muthanna bei 52%.

### **Etwa 355.000 Kinder und Jugendliche nicht in der Schule**

Einem UN-Bericht vom 17.02.20 zufolge haben etwa 355.000 Kinder und Jugendliche keinen Zugang zum formalen Schulsystem. Kinder, die unter der IS-Herrschaft zu Jugendlichen oder jungen Erwachsenen geworden waren, können die fehlenden Schuljahre kaum aufholen oder hätten keine Alternativen zum konventionellen Schulsystem. Kinder und Jugendliche, die in Vertriebenenlagern lebten, seien zudem von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit betroffen oder hätten teilweise die notwendigen zivilstaatlichen Dokumente für die Registrierung an einer Schule nicht.

## **Iran**

### **Konservative und Ultrakonservative siegen bei Parlamentswahl**

Am 21.02.20 fanden Parlamentswahlen statt. Zwar wird das endgültige Ergebnis erst am 24.02.20 bekannt gegeben, der Spitzenkandidat der konservativen Koalition, Mohammad Bagher Ghalibaf, wird jedoch als klarer Wahlsieger und neuer Parlamentspräsident angesehen. Die Wahlbeteiligung war mit nur 42,5% jedoch deutlich niedriger als von der politischen Führung erwartet. Im größten Wahlkreis Teherans gaben laut der Nachrichtenagentur Fars nur knapp unter 30% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Zahlreiche Anhänger des moderaten Lagers hatten angekündigt, der Wahl aus Enttäuschung über die politische Führung fernzubleiben. Die Reformer um Präsident Hassan Rohani hatten bei der diesjährigen Wahl bereits eine schlechte Ausgangslage, da fast 75% ihrer Kandidaten schon im Vorfeld vom Wählerrat abgelehnt wurden.

## **Jemen**

### **Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel kündigt neuen Anführer an**

In einer Audionachricht vom 23.02.20 bestätigte al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) den Tod ihres Anführers Qassim al-Rimi, Wochen nachdem die USA bekannt gegeben hatten, dass al-Rimi bei einer Militäroperation getötet worden sei (vgl. BN v. 10.02.20). Nachfolger wird Berichten zufolge der ehemalige stellvertretende Anführer und Sprecher der Gruppe Khalid bin Umar Batarfi.

### **Kämpfe südlich des Hafens von Hodeida**

In der vergangenen Woche wurden in der Stadt Durayhimi, südlich des Hafens von Hodeida, Kämpfe zwischen den Houthi-Rebellen und jemenitischen Regierungstruppen gemeldet. Die jemenitische Regierung hat unter anderem die Houthi-Rebellen beschuldigt, am 21.02.20 das Hauptquartier des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) beschossen zu haben. Berichten zufolge sind mehrere Soldaten getötet worden. Ein von der UN vermittelter Waffenstillstand hatte zu einer Abnahme der Kämpfe in Hodeida, einem der wichtigsten Häfen im Jemen für kommerzielle Güter und humanitäre Hilfe, geführt.

## **Jemen/Saudi-Arabien**

### **Angriff der Houthi-Rebellen auf Saudi-Arabien**

Saudi-Arabien gibt an, mehrere ballistische Raketen abgefangen und zerstört zu haben, die von den Houthi-Rebellen am 21.02.20 in Sanaa im Jemen abgefeuert wurden. Die Raketen hätten auf Städte und Zivilisten in Saudi-Arabien abgezielt. Die Houthi-Rebellen gaben an, dass sie die saudi-arabische staatliche Ölgesellschaft Aramco und andere sensible Ziele in der Küstenstadt Yanbu erfolgreich angegriffen hätten, ohne jedoch Beweise dafür zu liefern.

## **Kasachstan**

### **Festnahmen vor geplantem Gründungskongress der Demokratischen Partei Kasachstans**

Der Gründungskongress der Demokratischen Partei Kasachstans, der am 22.02.20 in Almaty stattfinden sollte, wurde abgesagt, nachdem Unterstützer der Partei festgenommen und in Haft gesetzt worden waren. Die Polizei nahm drei oppositionelle Aktivisten auf ihrem Weg zur Teilnahme an dem Kongress fest. Für die offizielle Registrierung einer politischen Partei ist nach kasachischem Recht die Teilnahme von mindestens 1.000 Personen an einem Gründungskongress erforderlich. Parteiführern zufolge wurden Unterstützer der Partei an der Abreise zum Kongress gehindert. Einige Oppositionsaktivisten berichteten über Bemühungen, sie von der Teilnahme an dem Kongress abzuhalten, u. a. durch angedrohte oder ausgeführte gewalttätige Angriffe auf ihre Person.

### **Festnahmen vor regierungskritischen Demonstrationen**

Polizisten verhinderten am 22.02.20 in Almaty und anderen Städten Versammlungen zu regierungskritischen Kundgebungen, indem sie Personen vor Ort an der Zusammenkunft hinderten und bereits im Vorfeld mehr als 100 Personen festnahmen. Die nicht registrierte Demokratische Partei Kasachstans und die seit 2018 als extremistisch verbotene Partei Demokratische Wahl Kasachstan hatten jeweils an diesem Tag Kundgebungen geplant. Zhanbolat Mamai, einer der führenden Initiatoren der Demokratischen Partei Kasachstans, wurde ebenfalls festgenommen und zu einer dreitägigen Haft verurteilt.

## **Kenia**

### **Tote bei Angriff der al-Shabaab**

Bei einem Angriff der al-Shabaab auf einen Bus in Kenia wurden drei Menschen getötet und weitere verletzt. Der Anschlag ereignete sich am 19.02.20 auf der Fahrt von Mandera nach Nairobi. Berichten zufolge sollen die Islamisten gezielt Christen aus dem Bus geholt haben und als zwei von ihnen das islamische Glaubensbekenntnis, die Shahada, nicht aufsagen konnten, seien sie hingerichtet worden. Ein Muslim sei bei

dem Versuch, die Christen vor den Angreifern zu schützen, getötet worden. Weitere Passagiere sowie der Fahrer wurden verletzt.

Kenia ist wegen seiner Unterstützung der Amisom-Mission der Afrikanischen Union beim Kampf gegen die Islamisten in Somalia immer wieder Ziel von Anschlägen.

## **Libyen**

### **Verhandlungen werden trotz brüchiger Waffenruhe fortgesetzt**

Am 20.01.20 setzten Vertreter der UN ihre Gespräche mit den rivalisierenden Gruppen über eine Waffenruhe fort. Es habe getrennte Unterredungen des Sonderbeauftragten Salame mit der international anerkannten Regierung von Ministerpräsident Sarradsch sowie mit Gesandten von General Haftar gegeben. Sarradschs Regierung hatte sich zunächst von den Gesprächen zurückgezogen, nachdem libysche Rebellen am 18.01.20 erneut die Hauptstadt Tripolis beschossen hatten. Zwei Häfen von Tripolis wurden mit mehr als 15 Raketen angegriffen; nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden dabei drei Zivilisten getötet und fünf weitere verletzt.

Am 21.02.20 bestätigte der türkische Präsident Erdoğan in Istanbul gegenüber Journalisten erstmals die Präsenz pro-türkischer Kämpfer zur Unterstützung der dortigen Einheitsregierung. Mitglieder syrischer Milizen seien ebenso in Libyen wie eine türkische Ausbildungseinheit. Der libysche General Chalifa Haftar stellte in einem am selben Tag veröffentlichten Interview mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Bedingungen für die Zustimmung zu einer Waffenruhe. So müsse die Türkei ihre Kämpfer aus Libyen abziehen und Waffenlieferungen nach Tripolis einstellen.

## **Mauretanien**

### **Kampf gegen Terrorismus**

Am 23.02.20 trafen sich die Minister der G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad) in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott, um den sechsten Gipfel am 25.02.20 vorzubereiten. Schwerpunkt des Treffens war der strategische Rahmen zur Verbesserung der Sicherheit in den fünf Ländern. Ein gemeinsamer Aktionsplan 2020 sieht insbesondere die Umstrukturierung des ständigen G5-Sekretariates sowie den Ausbau der gemeinsamen Streitkräfte für den Fall der Zunahme terroristischer Anschläge vor. Laut dem ständigen Sekretär der G5-Staaten, Sidikou Sambo, zwingt der Wiederanstieg terroristischer Attacken in den letzten Monaten die G5-Mitgliedstaaten dazu, die operationellen Maßnahmen der gemeinsamen Streitkräfte zu verstärken und konkrete Vor-Ort-Maßnahmen, insbesondere in der Grenzregion Burkina-Niger-Mali, durchzuführen. Die Verbesserung der Sicherheits- und Entwicklungspolitik der fünf Länder wird das wichtigste Thema des Gipfels am 25.02.20 sein.

Bereits im Rahmen eines Besuchs des senegalesischen Präsidenten Macky Sall am 18.02.20 in Nouakchott haben er und sein mauretanischer Amtskollege Mohamed Ould Ghazouani mehrere bilaterale Vereinbarungen zur Bekämpfung des Dschihadismus unterzeichnet.

### **Verhaftung mehrerer Menschenrechtsaktivisten**

Amnesty International (AI) berichtete am 20.02.20 von der Festnahme mehrerer Personen, darunter die Aktivistin Mekfoula Mint Brahim sowie Mitglieder ihrer Gruppe Pour une Mauritanie verte et démocratique und Mitglieder des Bündnisses L'Alliance pour la Refondation de l'État Mauritanien (AREM). Ihnen sei vorgeworfen worden, sich ohne staatliche Genehmigung versammelt und damit die staatliche Sicherheit gefährdet zu haben. AI kritisierte die Festnahmen scharf.

## **Nigeria**

### **Dorfbewohner im Bundesstaat Katsina getötet**

Am 15.02.20 überfielen laut Angaben von Zivilisten etwa 150 Banditen die beiden Dörfer Dankar und Tsauwa (Bundesstaat Katsina, Batsari Local Government Area). Hierbei wurden in Tsauwa 21 Einwohner sowie 40 Tiere getötet und über 70 Häuser niedergebrannt. In Dankar wurden neun Menschen getötet. Im Gegensatz zu

ähnlichen Vorfällen in Katsina wurde jedoch niemand entführt. Es wurden auch weder Lebensmittel noch Tiere geplündert. Katsina gehört im Nordwesten Nigerias zusammen mit Sokoto, Kaduna und Jigawa zu den Bundesstaaten, in denen seit mehreren Jahren bei häufigen Angriffen von Banditen auf Dörfer Hunderte von Menschen getötet, eine Vielzahl entführt und Tausende vertrieben wurden. Da es vor allem in ländlichen Regionen an Sicherheitskräften fehlt, sind diese nicht in der Lage, das Banditentum wirksam zu bekämpfen.

## **Pakistan**

### **Hochrangiger Taliban entkommen**

Am 17.02.20 bestätigte das Innenministerium, dass Ehsanullah Ehsan Anfang 2020 aus dem Militärgewahrsam entkommen ist. Ehsan, ehemaliger hochrangiger Anführer der pakistanischen Taliban Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP) und späterer Sprecher der radikal-islamistischen Jamaat-ul-Ahrar (JuA), wurde Anfang 2017 gefangen genommen. Hintergründe zur Flucht sind nicht bekannt. Das Militär gab keine Stellungnahme ab. Die TTP ist verantwortlich für die Durchführung zahlreicher tödlicher Selbstmordattentate sowie weiterer Angriffe auf Zivil- und Sicherheitsziele.

Ehsan trennte sich im August 2014 von der TTP und schloss sich der abtrünnigen, von einem ehemaligen pakistanischen Taliban-Kommandeur angeführten Splittergruppierung JuA an, die für eine Reihe von Attentaten, unter anderem auf einen pakistanisch-indischen Grenzübergang, christliche Kirchen, eine Osterfeier in Lahore sowie auf Moscheen, Polizeibeamte und Gerichtsgebäude verantwortlich ist.

### **Selbstmordanschlag in Quetta**

Am 17.02.20 wurden bei einem Selbstmordattentat in Quetta (Balochistan) mindestens sieben Menschen getötet, darunter zwei Polizisten, und rund zwei Dutzend Personen verletzt. Der Anschlag wurde am Rande einer Veranstaltung der Barelvi-Partei Jamaat-e-Ahle Sunnat verübt. Zum Anschlag bekannte sich niemand. Auf die Partei war 2006 in Karachi (Sindh) von der radikal-islamistischen Deobandi-Gruppierung Lashkar-e-Jhangvi (LeJ) ein größeres Attentat mit mindestens 55 Getöteten verübt worden.

Die mehrheitlich sunnitischen Muslime in Pakistan unterteilen sich intrakonfessionell in die beiden Hauptgruppen Deobandi und Barelvi, die sich gegenseitig des Unglaubens bezichtigen. Die nicht-paschtunische Bevölkerung Pakistans gehört mehrheitlich der Barelvi-Strömung an. In der Provinz Punjab liegt ihr Hauptverbreitungsgebiet. Von Deobandi werden Barelvi unter anderem wegen der vom Sufismus beibehaltenen Verehrung von Schreinen als sektiererisch angesehen.

## **Ruanda**

### **Oppositioneller in Haft gestorben**

Der Oppositionelle Kizito Mihigo beging nach Darstellung der Polizei in der Untersuchungshaft Selbstmord. Er wurde am 13.02.20 an der Grenze zu Burundi festgenommen und am 17.02.20 in seiner Zelle tot aufgefunden. Ihm wurden Korruption und die versuchte illegale Ausreise ins Nachbarland, um sich terroristischen Gruppen anzuschließen, vorgeworfen.

Nach einem nach Mihigos eigener Darstellung erzwungenen Geständnis war er 2015 u.a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Im Rahmen einer Gefangenenamnestie kam Mihigo 2018 frei.

## **Russische Föderation**

### **Bewährungsstrafe nach Demonstration für freie Wahlen in Moskau**

Medienberichten zufolge verurteilte ein Moskauer Gericht den Studenten Andrei Barshai zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe, weil er bei der Demonstration für freie Wahlen am 27.07.19 in Moskau einen Nationalgardisten angegriffen habe. Das Urteil blieb damit weit unter der Forderung der Staatsanwaltschaft nach einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe. 140 russische Wissenschaftler und Gelehrte hatten sich in einem offenen Brief für die Freiheit des 21-Jährigen eingesetzt. Bei der Demonstration, an der mehrere Tausend Menschen teilgenommen hatten, war die Polizei mit außergewöhnlicher Härte gegen Demonstranten vorgegangen und hatte 1372 Personen festgenommen. Die Strafverfolgungen gegen Teilnehmer an der

Demonstration hatten öffentliche Proteste hervorgerufen. Moskauer Gerichte verkündeten geringere Strafen gegen die angeklagten Demonstrationsteilnehmer.

## **Somalia**

### **Angriffe auf Militärstützpunkte durch al-Shabaab**

Am 19.02.20 soll al-Shabaab zwei Militärstützpunkte in der Region Lower Shabelle angegriffen haben. Bei einem Angriff stürmten die al-Shabaab die el-Salini-Militärbasis und besetzten sie kurzzeitig, wobei sie Waffen und Fahrzeuge erbeuteten. Der zweite Angriff fand auf einem Militärstützpunkt in der Stadt Qoryoley statt, wo somalische und ugandische AMISOM-Soldaten stationiert sind. Eine unbekannte Anzahl an Soldaten wurde getötet.

### **Journalist getötet**

Der Fernsehjournalist Abdiwali Ali Hassan wurde am 16.02.20 in der Stadt Afgoye erschossen. Zwar bekannte sich bisher niemand zu dem Anschlag, jedoch hatte der Journalist Berichten zufolge zuvor Morddrohungen erhalten. Dies ist die erste gezielte Tötung eines Journalisten im Jahr 2020.

## **Südsudan**

### **Bildung einer gemeinsamen Regierung**

Präsident Salva Kiir und Oppositionsführer Riek Machar haben sich am 22.02.20 auf eine gemeinsame Übergangsregierung geeinigt, um das Leid des Volkes zu beenden und das Land nicht zurück in den Krieg zu führen, so Kiir und Machar. Mehr als zwei Millionen Flüchtlinge wurden aufgefordert, ins Land zurückzukehren.

Die Zusammenarbeit von Rebellen und Regierung ist Teil eines Friedensabkommens, das den seit mehr als sechs Jahren andauernden Bürgerkrieg beenden soll. Die Regierungsbildung erfolgte kurz vor Ablauf der Frist, die die Vereinten Nationen, die USA und eine Reihe ostafrikanischer Staaten dem Südsudan im vergangenen Jahr gesetzt hatten. Ursprünglich sollte schon im März 2019 eine Regierung gebildet und eine dreijährige Übergangsphase mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung begonnen werden. Allerdings konnten sich die Parteien u.a. nicht auf die Bildung einer gemeinsamen Landesarmee einigen.

## **Syrien**

### **Nordwesten: Kämpfe und Flucht in Idlib**

Am 21.02.20 kamen in Idlib zwei Angehörige des türkischen Militärs bei Luftschlägen ums Leben. Das türkische Verteidigungsministerium bestätigte am 22.02.20 den Tod eines weiteren Soldaten, der bei einem Angriff durch syrischer Regierungstruppen getötet wurde. Damit beläuft sich die Zahl der seit Monatsbeginn in Idlib getöteten türkischen Soldaten auf 16.

Seit bald einem Jahr rücken syrische Regierungstruppen mit der Unterstützung verbündeter Milizen und des russischen Militärs in der letzten Rebellenhochburg in Idlib und angrenzenden Gebieten vor. Seit die Türkei im Februar 2020 zusätzliche Truppen in die Region entsendet hat (vgl. BN 10.02.20) um ihrerseits die Rebellen zu unterstützen, ist es immer wieder zu direkten Zusammenstößen zwischen den jeweiligen Schutzmächten gekommen.

Den UN zufolge sind in Idlib und Aleppo seit Jahresbeginn mehr als 300 Personen getötet worden. Etwa 900.000 Zivilisten, mehrheitlich Minderjährige, sollen sich seit dem 01.12.19 auf der Flucht befinden, nachdem sie im Zuge der jüngsten Offensive zur Rückeroberung der letzten Rebellenhochburg ihre Häuser verlassen haben. Satellitenbilder belegen große Zeltstädte bei Kafaldin und Deir Hassan nahe der türkischen Grenze. Beinahe 50.000 Menschen würden derzeit Zuflucht unter Bäumen oder unter freiem Himmel suchen. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete unterdessen von russischen Luftschlägen auf die Orte Ariha und Qmenas, westlich von Saraqeb.

### **Aleppo wieder an wichtige Verkehrswege angeschlossen**

Am 22.02.20 verkündete der Verkehrsminister, dass die M5-Schnellstraße zwischen Damaskus und Aleppo zum ersten Mal seit acht Jahren wieder für den Verkehr in Betrieb genommen werden konnte. Die oft auch als Lebensader der syrischen Wirtschaft bezeichnete Straße verbindet die urbanen Zentren Damaskus, Homs und Hama mit der nördlicher gelegenen Industriestadt Aleppo. Die M5-Anbindung verkürzt die Fahrt zwischen Syriens beiden größten Städten Damaskus und Aleppo um 90km.

Bereits am 19.02.20 landete zum ersten Mal seit 2012 wieder ein Passagierflugzeug aus Damaskus in Aleppo.

### **Besetzter Norden: Türkische Lira gegen Verfall der syrischen Währung**

Medienberichten zufolge sei die Verwaltung in den türkisch besetzten Gebieten in und um Azaz dazu übergegangen, bei alltäglichen Geschäften die türkische Lira zu verwenden. Die Enklave der syrischen Oppositionellen, die seit 2016 durch eine Militärpräsenz des türkischen Militärs aufrechterhalten wird, beherbergt Schätzungen zufolge etwa drei Millionen Menschen. Erst kürzlich hatte die Regierung in Damaskus den Handel in Fremdwährungen mit Strafen belegt.

## **Togo**

### **Gnassingbé gewinnt Präsidentschaftswahl**

Nach vorläufigen Ergebnissen gewann Amtsinhaber Faure Gnassingbé (Regierungspartei Union pour la République – UNIR) mit 72% der abgegebenen Stimmen die Präsidentschaftswahl vom 22.02.20. Sein stärkster Herausforderer, der ehemalige Ministerpräsident Agbéyomé Kodjo (Mouvement patriotique pour le développement et la démocratie – MPDD), erhielt 18% der Stimmen, auf Oppositionsführer Jean-Pierre Fabre (Alliance nationale pour le changement – ANC) entfielen 4%. Daneben traten weitere vier Kandidaten an. Etwa 76% der 3,6 Millionen Wahlberechtigten haben gewählt. Die zerstrittene Opposition hatte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Bereits am Wahltag beanspruchte Kodjo den Sieg für sich und sprach von Wahlbetrug. Nach den friedlich verlaufenen Wahlen umstellte Militär vorübergehend das Haus Kodjos und das des früheren katholischen Erzbischofs vom Lomé und Unterstützers Kodjos, Philippe Kpodzro, offiziell zu deren eigenem Schutz.

Faure Gnassingbé amtiert seit dem Tod seines Vaters Gnassingbé Eyadema im Jahr 2005, der 1967 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Eine Verfassungsänderung von 2019 ermöglicht ihm nach der nun beginnenden Amtsperiode eine weitere Wiederwahl bis 2030. Mit Rang 167 von 189 im Human Development Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zählt Togo zu den am niedrigsten entwickelten Ländern. Etwa die Hälfte seiner fast acht Millionen Einwohner lebt von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag.

## **Türkei**

### **Freisprüche im Prozess um Gezi-Park-Protteste sowie erneuter Haftbefehl**

Am 18.02.20 wurden Osman Kavala und acht weitere Angeklagte im Prozess um die Istanbuler Gezi-Protteste freigesprochen, da nach Auffassung des Gerichts keine ausreichenden Beweise für die Schuld der Angeklagten vorlägen. Zudem ordnete das Gericht die Freilassung Kavalas an, der sich seit mehr als zwei Jahren in Untersuchungshaft befindet. Nach Medienberichten wurde der Fall von sieben weiteren Angeklagten abgetrennt.

Nach dem Freispruch nahm der Rat der Richter und Staatsanwälte eine Untersuchung gegen die zuständigen Richter auf, im Hinblick auf mögliche Fehler im Urteil. Zudem kündigte die Staatsanwaltschaft an, Einspruch einzulegen.

Bereits kurze Zeit später wurde ein neuer Haftbefehl gegen Kavala wegen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem gescheiterten Putschversuch von Juli 2016 erlassen. Er wurde wieder festgenommen und ein Istanbul Gericht verhängte erneut Untersuchungshaft gegen ihn, da es starke Beweise gebe, dass er am Entscheidungsprozess des Putschversuchs beteiligt gewesen sei. Zudem bestehe Fluchtgefahr.

### **Neue Festnahmewelle**

Nach Medienberichten wurden am 18.02.20 von der türkischen Staatsanwaltschaft erneut ca. 700 Haftbefehle wegen Unterstützung der Gülen-Bewegung ausgestellt, insbesondere gegen Soldaten, Polizisten und



Justizbeamte. Es sei bereits zur Festnahme von rund 160 Personen gekommen, nach weiteren Verdächtigen werde noch landesweit gefahndet.

In Ankara richtet sich das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen Beschäftigte des Justizministeriums. Dort sind laut Anadolu 71 Menschen festgenommen worden. Bei Ermittlungen gegen Mitarbeiter der Luftwaffe sei die Festnahme von 157 Personen angeordnet worden, darunter auch 101 aktive Offiziere. Weiteren 467 Menschen wird dem Bericht nach vorgeworfen, 2009 ein Auswahlverfahren der Polizei manipuliert zu haben, um Gülen-Anhänger auf wichtige Positionen zu bringen.

## **Ukraine**

### **Gefechte in der Ostukraine**

Bei Kämpfen zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Rebellen wurden am 18.02.20 in der Ostukraine ein ukrainischer Soldat getötet und vier verletzt. Nach ukrainischen Armeangaben griffen prorussische Rebellen ukrainische Stellungen in der Gegend der Dörfer Nowotoschkiwka und Krymske an. Diese Orte befinden sich in einem der drei Sektoren, aus denen sich beide Konfliktparteien gemäß einem Abkommen vom letzten Jahr zurückziehen wollten. Präsident Selenski sprach von einer zynischen Provokation prorussischer Rebellen, die die Bemühungen zur Beilegung des Konflikts untergrabe und auf die er entschlossen reagieren wolle.

Für April 2020 ist zur Lösung des sechs Jahre andauernden Konflikts ein weiteres Gipfeltreffen zwischen der Ukraine und Russland unter Vermittlung von Deutschland und Frankreich vorgesehen.

## **Usbekistan**

### **Personen wegen des Verdachts auf die Unterstützung islamistischer Gruppierungen verhaftet**

Am 19.02.20 verhaftete die Polizei 21 Personen, die nach Angaben des Innenministeriums Verbindungen zu einer militanten islamistischen Gruppierung in Syrien aufweisen. Der Polizei zufolge sollen die verhafteten Männer unter dem ideologischen Einfluss eines Usbeken gestanden haben, der Mitglied der seit 2016 als Terrororganisation verbotenen islamistischen Gruppierung Katiba al-Tawhid wal-Jihad sei. Die Verhafteten hatten geplant, die Gruppierung finanziell zu unterstützen und sich ihnen anzuschließen. In den vergangenen Jahren hatten sich tausende usbekische Staatsangehörige unterschiedlichen islamistischen Gruppierungen in Syrien und dem Irak angeschlossen.